

Ueber den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland.

Zu der Sektion Wien des Bundes österreichischer Industrieller hielt jüngst einer unserer unterrichteten volkswirtschaftlichen Schriftsteller, Dr. Gustav Stolper, einen Vortrag über die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte. Seine Ausführungen sind deshalb

vermerktenswert, weil sie den Beweis zu erbringen suchten, daß das Bündnis der beiden Volkswirtschaften nicht Sache freier Wahl, sondern notwendiges Auskunftsmitel aus wirtschaftlichen Zwangslagen sei. Das werde verkannt, weil man von den wirtschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen vor dem Kriege ausgehe und sich nicht Rechenschaft gebe, was sich durch den Krieg geändert hat:

Die enorme Erhöhung der Staatsschulden durch den Krieg, die Notwendigkeit, voraussichtlich während einer langen Uebergangszeit sich stark an das Ausland zu verschulden, das daraus erwachsende Valutaproblem, die Preisumwälzung auf dem Weltmarkt wie auf dem Inlandmarkt, die Revolution, die auf dem Kapitalmarkt eintreten und eine Rückkehr zu den alten Zinsfußverhältnissen ausschließen würde, besonders die unterbrochene Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Erscheinung, die zum erstenmal in der modernen Wirtschaftsgeschichte zu beobachten sei, alle diese Umstände nötigen zum Zusammenschluß. Wichtige Industrien hätten liquidiert, andere sich mit ungeahnter Leichtigkeit spezialisiert, andere nach den Bedürfnissen der Kriegführung sich technisch umgestaltet. Die besonders günstige Verwertung der Lager bei diesem Liquidations- und Uebergangsprozeß, die hohen Gewinne bei den Lieferungen, die Notwendigkeit bedeutender maschineller Anlagen nach dem Kriege, dies alles ermöglichte jetzt eine wirtschaftspolitische Umorientierung, die unter anderen Umständen nicht möglich gewesen wäre. Jetzt sei das Notwendige auch möglich. Jetzt oder nie sei der Zeitpunkt gekommen, den vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche herbeizuführen. Ueberdies aber hätten sich auch die sozialen und politischen Voraussetzungen aller Wirtschaft vollkommen geändert, die Machtvollkommenheit des Staates bei der Regulierung der Wirtschaft sei ungeheuer gewachsen, und daß der Reformeifer nicht erlahme, dafür werde schon die wirtschaftliche Not sorgen. Und schließlich habe auch der Geist der Bevölkerung mit mancher Tradition gebrochen und dadurch höhere Anpassungsmöglichkeit erlangt. Bei alledem aber sei Oesterreich-Ungarn in hohem Maße auf die Mitwirkung der deutschen Wirtschaft angewiesen, die ihrerseits aus dem Zusammenschluß gleich großen Gewinn zu ziehen habe. Aber nur ein vollständiger Zusammenschluß könne die Voraussetzungen einer so weitgehenden Intensität der österreichischen Wirtschaft schaffen, die notwendig ist, um die schweren Lasten des Krieges überhaupt erst der Wirtschaft erträglich zu machen.

Schon aus staatsfinanziellen Gründen müsse der Förderung der Ausfuhr die künftige Handelspolitik dienlich gemacht werden. Bei der Unterbrechung aller weltwirtschaftlichen Beziehungen dürfe Oesterreich-Ungarn nicht allein bleiben, da sonst schließlich seine Wirtschaft zum Wettbewerb auf dem Weltmarkt unfähig würde. Bei der völligen Unsicherheit aller Elemente der Bestehungskosten sei die Zollpolitik ganz außer Wirksamkeit gesetzt — auch das wird fast von allen übersehen, die sich mit der Annäherung nicht befreunden können — und nur der Zusammenschluß mit Deutschland könne uns unter zweckmäßiger Arbeitsteilung der Industrien annähernd gleichartige Produktionsbedingungen mit der deutschen Wirtschaft sichern. Wenn es dabei nicht ohne Opfer im einzelnen abgehe, so sei der Gewinn für die gesamte Volkswirtschaft viel mehr größer. Was die gemeinsame Handelspolitik betrifft, so sei sie gegen den Westen notwendig, um die Rohstoffbeschaffung zu erleichtern und zu sichern, gegen den Osten, um den Balkan aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Weststaaten zu lösen, was wieder nur möglich ist, wenn Oesterreich-Ungarn seinerseits den Uberschuß seiner Landwirtschaft und aus der Agrareinfuhr vom Südoften in Deutschland absetzen könne. Die wirtschaftliche Annäherung der Türkei sei eine Frage der Kapitalsinvestition — und nicht der bisherigen Ein- und Ausfuhrzahlen —, bei der wir wieder nicht ohne Deutschland vorgehen können. Das gleiche gelte von den in Zukunft überaus wichtigen Beziehungen zu dem russischen Markt, dem Oesterreich-Ungarn wenig zu bieten und von dem es daher, wenn es allein steht, nur wenig Konzeptionen zu erwarten habe. Aus alledem folge, daß die Richtung unserer Wirtschaftspolitik zwangsweise bestimmt sei, daß schutzöllnerische Abschließung gegen Deutschland aus finanziellen Gründen unmöglich und schädlich sei.

Diese Auffassung der Frage scheint uns sehr fruchtbar. Bevor man erwägt, was man wählen soll, tut es gut, sich darüber Rechenschaft zu geben, was die heimische Staats- und Volkswirtschaft tun muß und was sie kann. Man gebe sich erst dann darüber Rechenschaft, wie Oesterreich-Ungarn volkswirtschaftlich und finanziell in den Frieden hinübertreten wird, dann werden auch die Schutzöllner trotz des natürlichen Widerwillens gegen die Verbindung mit den bisherigen Konkurrenten die gestellte geschichtliche Aufgabe bald erfassen.